

Vorlage für die Sitzung des Senats am 19.11.2019

„Verunreinigung des öffentlichen Spielplatzes der Kita Gleimstraße mit Drogenbesteck und zerbrochenen Glasflaschen“

(Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft)

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Mit welchen Maßnahmen (Zaunerrhöhung, nächtlicher Sicherheitsdienst etc.) und bis wann wird der Senat sicherstellen, dass die täglich auf dem öffentlichen Spielplatz der Kita Gleimstraße zu findenden kindesgefährdenden Gegenstände dort nicht mehr nachts abgelegt werden?
2. Ist rund um diesen Spielplatz nachts aufsuchende Sozialarbeit z. B. durch Träger wie Comeback geplant, da nach bisher veröffentlichter Einschätzung der Experten die Einführung eines Drogendruckraums am Bahnhof keinerlei entlastende Wirkung für das Viertel oder diesen Spielplatz hätte?
3. Welche weiteren konkreten Maßnahmen plant der Senat, um den Drogenkonsumenten im Viertel Angebote zu machen, so dass die ‚Nutzung öffentlich zugänglicher Spielplätze‘ nicht mehr notwendig wird, um sich zu treffen?“

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Der Ortsteil Steintor steht, wie auch das Bahnhofsviertel, vor der besonderen Herausforderung, von Menschen aus der Drogenszene stark frequentiert zu sein. Das betrifft auch den 5.000 Quadratmeter großen öffentlichen Spielplatz Gleimstraße / Friesenstraße, der sich in der Unterhaltungsträgerschaft des Umweltbetriebs Bremen befindet. Er wird vom Kinder- und Familienzentrum Friesenstraße sowie dem KiTa Treff Friesenstraße als Außengelände genutzt und darüber hinaus von der Spielplatzinitiative Steintor e.V. betreut.

Der kommunale Eigenbetrieb KiTa Bremen hatte als Hauptnutzer der Spielfläche für den 13. November 2019 zu einem runden Tisch eingeladen, um gemeinsam nachhaltige Lösungen auf den Weg zu bringen. Beteiligt waren das Amt für Soziale Dienste, das Ortsamt, die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, die Polizei, Immobilien Bremen und der Umweltbetrieb Bremen. Um die Situation kurzfristig zu verbessern, ist geplant, einen Sicherheitsdienst und eine zusätzliche Reinigung des Außengeländes zu beauftragen. Zurzeit werden die Angebote verschiedener Dienstleister geprüft. Auftragsvergabe und Beginn der Tätigkeit von Sicherheitsdienst und Reinigungsfirma sind noch für November vorgesehen.

Geprüft wird derzeit zudem ein Angebot, das für eine Erhöhung des Zauns eingeholt worden ist.

Zu Frage 2:

Konsumentinnen und Konsumenten harter Drogen nehmen ihre Suchtmittel oft unmittelbar nach dem Erwerb ein. Streetworker können das kaum steuern. Der geplante Einsatz eines Sicherheitsdienstes und die Erhöhung des Zauns werden vermutlich künftig für eine Entlastung der Situation auf dem Spielplatz sorgen. Der Bedarf für den nächtlichen Einsatz eines Streetworkers wird derzeit überprüft. Am Runden Tisch Drogenszene am 29. November 2019 werden hierzu Ansatzpunkte abgestimmt.

Der Senat geht anhand wissenschaftlicher Expertisen und Erfahrungen anderer Kommunen überdies davon aus, dass ein Drogenkonsumraum durchaus entlastende Effekte auch auf das weitere Umfeld hat.

Zu Frage 3:

Neben dem Drogenkonsumraum plant der Senat derzeit keine zusätzlichen Maßnahmen in Bezug auf Konsumentinnen und Konsumenten harter Drogen im Viertel. Weiterer Handlungsbedarf in Bezug auf Spielplätze und mögliche Ansatzpunkte für weitere Hilfsangebote für Konsumentinnen und Konsumenten werden am Runden Tisch Drogenszene ermittelt und zunächst zwischen Gesundheitsressort und Gesundheitsamt abgestimmt.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung

Keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen durch die Beantwortung dieser Anfrage. Soweit geschlechtsspezifische Sachverhalte berührt sind, wurden diese bei der Beantwortung berücksichtigt.

E. Beteiligung / Abstimmung

Der Antwortentwurf ist mit der Senatorin für Kinder und Bildung und der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport vom 12.11.2019 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.